

---

**6171/J XXV. GP**

---

**Eingelangt am 13.07.2015**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Ing. Heinz-Peter Hackl  
und weiterer Abgeordneter  
an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz bezüglich  
**Verkaufsstopp von Roundup**

Frankreichs Landwirtschaftsministerin Ségolène Royal hat ein Verkaufsverbot für das umstrittene Pflanzenschutzmittel Roundup in Gartenzentren verkündet. Frankreich müsse beim Stopp von Pestiziden "in die Offensive gehen", sagte die Ministerin im Sender France 3. Sie habe daher die Gartenzentren des Landes aufgefordert, das Mittel aus dem Sortiment zu nehmen. Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC), eine Unterorganisation der Weltgesundheitsorganisation (WHO), hat den in Roundup enthaltenen Stoff Glyphosat im März als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Glyphosat ist der weltweit am häufigsten eingesetzte Wirkstoff zur Bekämpfung von Unkraut. Neben Landwirten nutzen auch Städte, Unternehmen und Hobbygärtner die Chemikalie, um ihre Grünflächen frei von Unkraut zu halten. Roundup, das sich die Firma Monsanto Anfang der 70er Jahre patentieren ließ, ist das bekannteste Glyphosat-haltige Produkt. Die amerikanische Umweltschutzbehörde EPA überprüft momentan die Zulassung von Glyphosat und will noch in diesem Jahr entscheiden, ob der Einsatz des Pestizids begrenzt werden soll. In der Schweiz haben die Handelsketten Coop und Migros als Reaktion auf die IARC-Einstufung entschieden, Produkte, die Glyphosat enthalten, vorsorglich aus dem Sortiment zu nehmen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz nachstehende

### **Anfrage**

1. Sind dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz die Pläne von Frankreichs Landwirtschaftsministerin zum Verkaufsstopp für das umstrittene Pflanzenschutzmittel Roundup bekannt?
2. Ist seitens des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ein Verkaufsstopp von Roundup in Österreich geplant?
3. Wenn nein, warum nicht?

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

4. Wenn ja, wie sehen die detaillierten Pläne für den Verkaufsstopp von Roundup in Österreich aus?
5. Ab wann kann mit dem Verkaufsstopp gerechnet werden?
  
6. Warum wurde das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz bisher noch nicht aktiv?
7. Gibt es Überlegungen für eine Aufklärungskampagne bezüglich der krebserregenden Wirkung von Roundup seitens des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz?
8. Wenn ja, wie sehen diese Pläne im Detail aus?
9. Wenn ja, ab wann kann mit dieser Aufklärungskampagne gerechnet werden?
10. Sind dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz weitere Studien bezüglich der Wirkungsweise von Roundup bekannt?
11. Wenn ja, welche Studien sind dies?